

KLIMANOTSTAND IN DEUTSCHLAND: ES BRAUCHT ENDLICH EINEN KRISENPLAN DER BUNDESREGIERUNG

Fraktionsbeschluss vom 4. September 2026

Dieser Hitzesommer war eine Zäsur. Es muss ein Ruck durch die Bundesregierung gehen, um Menschen wirksam vor Extremwetter zu schützen: Die Anti-Klima-Politik von Merz, Klingbeil und Co. ist gescheitert. Wer nach diesem Sommer noch Gesetze verabschiedet, die die Krise weiter anfeuern, regiert an der Realität vorbei und verschlimmert die Lage trotz besseren Wissens. Verantwortungsvolle Politik gesteht Fehler ein und ändert den Kurs.

Es gab in diesem Sommer niemanden, der die Auswirkungen der Klimakrise nicht gespürt hat. Ob in brütend heißen Wohnungen, Schulen, Kitas und Pflegeheimen, auf dem Weg zur Arbeit über aufgeplatzte Straßen und in Bussen und Bahnen ohne Klimaanlage, an vorderster Front bei Waldbränden oder in überhitzten Krankenhäusern. Eltern mussten hitzebedingten Unterrichtsausfall und Kitaschließungen kompensieren, Ältere konnten aufgrund der Hitze nicht rausgehen und Menschen, die im Freien, beispielsweise auf dem Bau arbeiten, litten massiv. Die Liste ist endlos. Alle haben zu Hause oder im Urlaub (zum Beispiel Waldbrände in Frankreich, Spanien, Italien oder in der Eifel mit hunderttausenden Evakuierungen) erlebt, was extreme Hitze und Dürre anrichtet. Das Robert-Koch-Institut (RKI) hat bisher 16.300 hitzebedingte Tote erfasst (etwa doppelt so viel wie im Rekordjahr 2018), die meisten davon 75 Jahre oder älter. Die gesundheitlichen Einschränkungen durch die Hitze haben noch sehr viel mehr Menschen getroffen. Damit wurde dieser Sommer auch zum Brennglas sozialer Ungerechtigkeit: Diejenigen in schlecht gedämmten Wohnungen oder ganz ohne Wohnung, spüren die Hitze als erstes. Dieses Ausmaß muss alle, die in diesem Land Verantwortung tragen, aufwecken und zum Handeln bringen.

Auch die wirtschaftlichen Verluste sind gigantisch: 36 Milliarden Schäden werden bisher für diesen Sommer geschätzt, pro Hitzetag 500 Millionen Euro. Ernteverluste sind schon absehbar. Durch die Dürre und ihre Folgen werden Lebensmittel teurer, Spritpreise steigen und damit auch die Inflation. Das sind Kosten der Erderhitzung, die wir alle tragen. Sie kostet unsere Wirtschaft, sie kostet unseren Staat und sie kostet jede und jeden von uns.

Während wir diese extremen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Schäden kollektiv getragen haben, hat der Bundeskanzler wochenlang geschwiegen und das Land in diesem Ausnahmezustand allein gelassen. Statt einem Klima-Notfall-Plan kamen von der Kabinettsklausur nur warme Worte, Prüfaufträge und ein Appell des Bundeskanzlers zu mehr Eigenverantwortung in der Hitzekrise, der Staat könne sich hier nicht um alles kümmern. Millionen Menschen haben sich in diesem Sommer aufopferungsvoll um ihre Mitmenschen gekümmert und sind über sich hinausgewachsen – Feuerwehrleute, Rettungs- und Einsatzkräfte, die mit Leib und Leben gekämpft haben, freiwillige Helfer*innen und Angehörige, die Ältere und Kranke aufgenommen haben, die es in ihren Einrichtungen nicht mehr aushielten und Kinder betreut haben, wenn sie aus Schulen und Kitas heimgeschickt wurden. Ihnen danken wir für ihren Einsatz und ihr Engagement. Sie alle verdienen eine Politik, die Verantwortung in dieser und kommenden Krisen übernimmt und nicht über Zuständigkeiten zwischen Bund und Kommunen streitet. Der Kanzler sagte „es mangelt nicht an Programmen und es mangelt nicht an Geld“. Beides ist so nicht richtig – stattdessen mangelt es offensichtlich an seinem politischen Willen, die notwendigen Maßnahmen für Hitzeschutz, Klimaanpassung und Klimaschutz zu treffen. Und auch der Vize-Kanzler kürzt in seinem Haushaltsentwurf ausgerechnet dort, wo Klimaschutz und Vorsorge konkret werden. Die Ausgaben für Umweltschutz sinken. Gleichzeitig sollen Einnahmen des europäischen



Emissionshandels nicht für den Klimaschutz, sondern zum Schließen von Haushaltslücken eingesetzt werden.

Es braucht nun dreierlei:

- 1) akutes Krisenmanagement und Vorbereitung für kommende Krisenlagen,
- 2) effektive Maßnahmen zur kurz- und mittelfristigen Klimaanpassung,
- 3) wirksame Klimaschutzpolitik durch Bund, Länder und Kommunen, die die Ursachen der eskalierenden Klimakrise durch rasche Senkung der Emissionen bekämpft.

Akutes Krisenmanagement

In der diesjährigen Hitzekrise und aktuellen Dürre hat die Bundesregierung konsequentes Handeln völlig vermissen lassen. In Vorbereitung für kommende ähnliche Lagen fordern **wir den Bundeskanzler und seine Regierung zu folgenden Sofortmaßnahmen auf:**

1. Die Entwicklung und bundesweite Einführung eines zentralen, auf dem All-Gefahren-Ansatz beruhenden, nationalen, digitalen und ressortübergreifenden Lagebilds für den Bevölkerungsschutz deutlich zu beschleunigen, damit Bund und Länder bei aktuellen Dürre-, Hitze- und Waldbrandlagen auf einer gemeinsamen Informationsgrundlage handeln und weitere Gefahren für die Bevölkerung, sozialkritische Infrastruktur und die Wirtschaft früh identifizieren können. Die Bundesregierung darf beim Aufbau eines solchen Lagebilds nicht weiter Zeit verlieren und im Blindflug durch Hitze und Dürre stolpern.
2. Eine auf dieser Grundlage vollumfängliche, barrierefreie, mehrsprachige und zielgruppengerechte Information der Bevölkerung über Gefahrenlage und Hinweise zur Krisenvorsorge zu gewährleisten, wie zum Beispiel mit einer kostenlosen Hitze-Hotline.
3. Einen nationalen Hitzeschutzplan mit Ländern und Kommunen zu koordinieren und flächendeckend zügig umzusetzen, der auch verbindliche Hitzeaktions- und Notfallpläne unter anderem in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Rettungsdiensten, Schulen und Kitas mit klaren Verantwortlichkeiten und Maßnahmen umfasst. Gleiches gilt für die akute Krisenhilfe zum Bevölkerungsschutz, die insbesondere aufsuchende Schutz- und Unterstützungsstrukturen für vulnerable Gruppen unter anderem in der häuslichen Pflege und pflegende Zu- und Angehörige umfasst.
4. Die Einrichtung einer eigenen Klimakrisen-Abteilung im Kanzleramt zur ressortübergreifenden Koordinierung.

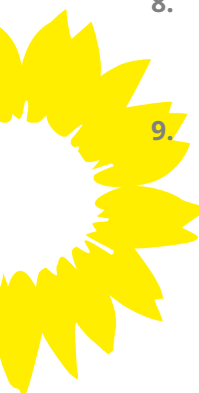
Die folgenden Klimaanpassungsmaßnahmen sind unverzichtbar:

1. Die Finanzierung von Klimaanpassung – flankiert durch die Verankerung einer Gemeinschaftsaufgabe Klimaanpassung und Naturschutz im Grundgesetz – so auszugestalten, dass sie die Städte und Gemeinden bei dem hitzeresistenten Umbau massiv unterstützt und dazu beiträgt, den Hitzeschutz – und damit auch den Gesundheitsschutz der Bevölkerung – in kurzer Zeit erheblich zu verbessern und Wasserrückhalte und -speicherkapazitäten nach dem Prinzip der Schwamm-Stadt zu stärken. Klimaschutz und Klimaanpassung müssen nun zur haushaltspolitischen Priorität werden.





2. Gemeinsam mit den Ländern und Kommunen eine „Entsiegelungsoffensive“ zu starten, und dafür eine bundesweite Entsiegelungsstrategie zu erstellen, um ungenutzte versiegelte Flächen wieder zu begrünen. Das Ziel der Netto-Null-Flächenneuanspruchnahme bis 2050 braucht Verbindlichkeit sowie Förderinstrumente für Entsiegelung, z.B. über eine Aufstockung der ANK-Fördermaßnahme „Natürlicher Klimaschutz in Kommunen“ mit höheren Zuschusssätzen, gerade für finanzschwache Kommunen. Eine dreifache Innenentwicklung, die Wohnungsbau, Stadtgrün und Verkehrsflächen zusammendenkt, der Aufbau von Brachflächenkatastern und eine stärkere Ausrichtung im „Baugesetzbuch-Upgrade“ auf Klima- und Umweltschutzziele sind weitere Bausteine der Entsiegelungsoffensive. Die Liegenschaften des Bundes müssen mit gutem Beispiel vorangehen. Ein Vorbild für die Beteiligung vor Ort sind die Niederlande: Beim Wettbewerb „Tegelwippen“ gewinnt die Kommune, die am meisten Pflastersteine und Betonplatten aus dem Boden wippt. So können bei praktischer Begrünung und klimawirksamem Bodenschutz alle mitmachen.
3. Die sofortige deutliche Aufstockung und Erweiterung des Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz (ANK) zur Verbesserung der Wasseraufnahme und -speicherung in der Landschaft vorzunehmen, um das weitere Austrocknen von Böden und Oberflächengewässern wie Flüssen und Seen zu verhindern, beispielsweise durch intakte Auenwälder.
4. Ein Verbesserungsgebot verbindlich in die Stadtplanung aufzunehmen, sodass nicht weniger, sondern immer nur ein Mehr an Grünflächen und Bäumen in Städten und Gemeinden entsteht. Dazu kann auch ein bundesweit einheitliches Baumkataster beitragen, das unseren stärksten Verbündeten in der Hitze-Krise durch Monitoring und identifizierte Optionen für Neupflanzungen stärkt: den Baum.
5. Ein Programm „Klimafeste Böden“ einzuführen, zum Beispiel im Rahmen eines eigenen Titels und entsprechender Mittelaufstockung in der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK), zur besseren Wasseraufnahme und -speicherfähigkeit, auch zur Sicherung der Landwirtschaft und Ernährungsversorgung, die von intakten Böden und Wasserverfügbarkeit abhängt. Zusätzlich soll das Bundesbodenschutzgesetz hin zu einem Bundesbodengesundheitsgesetz novelliert werden.
6. Sofort ein Bundeswasserregister einzuführen und ein digitales Grundwasser-Echtzeitentnahmemonitoring großer Wasserentnahmen, um Trinkwasserknappheit vorzubeugen und zeitnah eine verlässliche Datengrundlage für wirksame Kontrolle, Planung und Schutz unserer Wasserressourcen zu etablieren.
7. Zusätzliche 50 Millionen Euro pro Jahr für ein Waldentwicklungsprogramm sowie eine Aufstockung der GAK-Mittel für klimaresiliente Aufforstung, naturnahe Waldentwicklung und Waldbrandpräventionsmaßnahmen bereitzustellen, denn naturnahe Wälder können nicht nur besser Wasser speichern, sondern auch Brände und extreme Wetterereignisse besser überstehen.
8. Mieterschutz in der Hitzekrise ernst zu nehmen und zum Beispiel zu erleichtern, dass Mieter*innen sich selbst helfen können, indem sie eigenständig Jalousien oder Rollos vor den Fenstern einbauen dürfen.
9. Die umgehende und ausreichende finanzielle wie personelle Ausstattung der Förderrichtlinie „Förderung von Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen“ sicherzustellen, damit Einrichtungen ohne weitere Verzögerung neue Anträge stellen können.

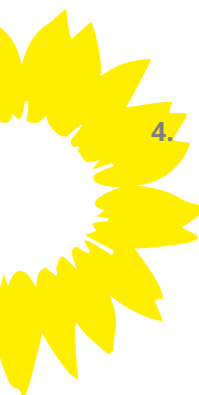




10. Ein Programm ‚Green Hospitals‘ aufzusetzen, das eine verlässliche Investitionsfinanzierung für Klimaanpassungs- und Klimaschutzmaßnahmen in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und Gesundheitszentren ermöglicht, wie zum Beispiel energieeffiziente Gebäudetechnik, Begrünung und die Kühlung von Notaufnahmen und Patientenzimmern.
11. Ein Förderprogramm für „Klima-Solar-Anlagen“ einzurichten, um Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Kitas und Schulen schnell und einfach in den Sonnenstunden des Tages abzukühlen. Für das unbürokratische Abkühl-Sofortprogramm zur Klimatisierung und Verschattung soll ein Teil des Sondervermögens genutzt werden.

Maßnahmen zum Klimaschutz

1. Die Bundesregierung hat bereits mehrere Brandbeschleuniger-Gesetze beschlossen, die die Klimakrise weiter anheizen, zum Beispiel das Gebäudemodernisierungsgesetz und das Infrastrukturkukunftsgesetz. Es braucht einen Stopp dieser Anti-Klima-Gesetze. Insbesondere das Netzpaket, die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und das Energieeffizienzgesetz müssen grundlegend überarbeitet und auf Klimazielpfad gebracht werden. Wer die Energiewende nach vorne bringen will, soll mitmachen können: Durch Solaranlagen am Balkon und auf dem Dach, durch Energy Sharing und das Teilen von Strom im Quartier.
2. Methan erhitzt die Atmosphäre noch rascher und aggressiver als CO₂. Deutschland benötigt eine wirkungsvolle Strategie zur raschen Reduktion, um die internationale Zusage sicherzustellen, bis 2030 mindestens 30 Prozent weniger Methan zu emittieren als 2020. Wichtiger Baustein dafür ist die rasche und lückenlose Umsetzung der EU-Methanverordnung, beispielsweise der Stopp klimazerstörender Leckagen an Erdgasleitungen oder Bohrstellen. So wird auch dem Import von besonders klimaschädlichem Gas ein Riegel vorgeschoben. Ein zweiter Baustein ist die Landwirtschaft: Die Minderungspotenziale in der Rinderhaltung müssen zum Beispiel durch den Umbau der Tierhaltung erschlossen werden.
3. Je schneller der Ausbau der Erneuerbaren Energien erfolgt, desto besser für den Klimaschutz. Im Stromsektor, aber auch im Verkehr und in der Wärmeversorgung auf 100 Prozent Erneuerbare Energien zu kommen, gelingt umso schneller, je cleverer und effizienter wir die Energie in diesen Sektoren nutzen. Wirksame Energieeffizienzpolitik ist der Speed-Joker für das Erreichen der Klimaziele (unter anderem durch „Efficiency First“, Sanierung ineffizienter Wohnungen, Bundesförderung für Energieeffizienz in der Wirtschaft (EEW)). Mit Blick auf den Ausbau von Rechenzentren zeigt sich, dass ambitionierte Effizienzstandards ein Standortvorteil sind, Investitionen anreizen und die Wirtschaft durch Kosteneinsparungen unterstützen. Das Einsetzen geeigneter Maßnahmen aus den Verordnungen zur Sicherung der Energieversorgung des Krisenwinters 2022/2023 kann auch in der aktuellen fossilen Preiskrise die Kosten mithilfe von Einsparerfolgen senken. Zugleich sind systemdienliche (Wärme- und Strom-)Speicher die Flexibilitäts-Joker, die Erneuerbare Energie speichern und damit CO₂-Emissionen senken.
4. Ein Ausbau von Klimaschutzverträgen für die Industrie stärkt die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts. Dafür muss die Bundesregierung den nationalen und europäischen Emissionshandel (ETS) stärken, anstatt ihn abzuschwächen. Ein starker ETS ist das marktwirtschaftlich beste Instrument, Unternehmen aus der Abhängigkeit von achterbahnfahrenden fossilen Energiepreisen zu befreien. Wer jetzt den Emissionshandel





schwächt und mehr Emissionen zulässt, schadet nicht nur dem Klimaschutz und der Verlässlichkeit dieses wichtigen Instruments massiv, sondern auch der europäischen Wettbewerbsfähigkeit. Der ETS muss ein wirksames Instrument zur Emissionsminderung

bleiben und ein starkes und stabiles Preissignal liefern, so fordern es auch Unternehmen und Verbände. Es muss sichergestellt sein, dass die ETS-Einnahmen konsequent in Klimaschutz und -anpassung fließen.

5. Mit der Einführung eines allgemeinen Tempolimits auf Autobahnen werden mehrere Millionen Tonnen CO₂ eingespart sowie Rettungsdienste und das Gesundheitssystem entlastet.
6. Die Wiedereinführung des Preises von 49 Euro pro Monat für das Deutschlandticket im Jahresabo ermöglicht mehr Menschen den Umstieg auf die Bahn, ergänzt um die Mitnahme von Kindern. Für eine moderne Verkehrspolitik müssen besonders energieeffiziente Verkehrsmittel wie Bahn und ÖPNV gezielt ausgebaut und Rad- und Fußverkehr sowie Carsharing stärker einbezogen werden.
7. E-Autos boomen, weil immer mehr Menschen sich angesichts der Spritpreise vom Verbrenner verabschieden. Diesen Umstieg soll die Bundesregierung sozial gerecht und industriepolitisch sinnvoll unterstützen: einkommensabhängig, mit Social Leasing und klaren Preisgrenzen. Keine Steuergelder für Luxuswagen und Plug-in-Hybride, stattdessen für kleinere, bezahlbare Elektrofahrzeuge aus europäischer Produktion. Das sichert Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Für eine sichere Klimazielerreichung und Planungssicherheit für die Branche bei der Elektromobilität muss Deutschland an der EU-Vereinbarung zu den Flottengrenzwerten und zum Verbrenner-Aus 2035 festhalten.
8. Klimaschädliche Steuervergünstigungen und fossile Subventionen richten doppelten Schaden an und müssen sukzessive abgebaut werden. Sie verursachen Emissionen und kosten Steuergeld, das dringend für klimagerechte Investitionen benötigt wird. Trotz mehrfacher internationaler Subventionsabbauversprechen hat die Bundesregierung kürzlich mehrere gegenteilige Beschlüsse gefasst, und damit fossile Energien billiger gemacht (Flugtickets, Tankrabbatt etc.). Die Mineralölkonzerne verlangen überbezahlte Preise für Benzin und Diesel und machen Milliarden Gewinne auf unsere Kosten. Die Übergewinne solcher fossilen und klimaschädlichen Konzerne sollten abgeschöpft und dazu genutzt werden, die von ihrem Geschäftsmodell verursachten Schäden zu minimieren.
9. Wälder, Moore und Grünflächen sind natürliche Klimaschutz-Verbündete: Solange sie intakt sind, binden sie erhebliche Mengen an Emissionen („Senken-Funktion“) und sind relevant für Kühlung des Mikroklimas. Doch unter anderem geplante neue Autobahnen zerstören diese natürlichen Klimaschützer. Deswegen muss die Bundesregierung alle Autobahn-Neubauprojekte stoppen – mindestens, bis Deutschland klimaneutral ist – und diese Gelder stattdessen in den Erhalt von Verkehrswegen und in eine klimaresiliente Infrastruktur investieren. Die Gleichstellung von Realkompensation mit Ersatzgeldzahlungen im Infrastruktur-Zukunftsgesetz muss rückgängig gemacht werden.
10. Auf Europäischer Ebene muss sich die Bundesregierung endlich für eine klimafeste und zukunftsfähige Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) einsetzen. Öffentliches Geld darf nicht mehr für pauschale leistungslose Hektarzahleungen ausgegeben werden. Stattdessen müssen Leistungen wie Klima- und Biodiversitätsschutz oder Wasserrückhalt in der Landschaft einkommenswirksam entlohnt werden.
11. Um alle verantwortlichen Ressorts der Bundesregierung für eine angemessene Klimaschutzpolitik zu koordinieren, sollte ein Klimakabinett einberufen werden.

